



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Siegburg

An
Bürgermeister
Stefan Rosemann

Siegburg, 28. April 2026

Antrag zur Tagesordnung am 09.07.2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Rosemann,

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag zum weiteren Vorgehen im Zusammenhang mit dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zu Auftrags- und Nachtragsvergaben beim Projekt BildungsCampus Neuenhof und bittet darum diesen auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung am 09.07.2026 zu setzen:

- (1) Der Rat der Stadt Siegburg beauftragt die Verwaltung zu der nächsten Ratssitzung umfassend darzulegen
 - a. wie die Feststellungen des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes vom 13.08.2025 zu den Auftrags- und Nachtragsvergaben beim Projekt BildungsCampus Neuenhof seitens der Verwaltung fachlich und rechtlich bewertet werden und
 - b. welche Konsequenzen hieraus gegebenenfalls gezogen wurden oder noch zu ziehen sind.
- (2) Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat hierzu eine schriftliche Vorlage vorzulegen, die auch etwaige Folgerungen für zukünftige Vergabe- und Nachtragsverfahren darstellt.
- (3) Der Rat bekräftigt das Ziel, den wesentlichen Inhalt dieses Beschlusses sowie der auf seiner Grundlage in künftigen Ratssitzungen vorgelegten Vorlagen und Berichte gemäß §52 Abs. 2 GO NRW und §25 der Geschäftsordnung in möglichst umfassender, öffentlichkeitsgeeigneter Form zugänglich zu machen, soweit dem keine rechtlichen Gründe entgegenstehen.

Begründung

Der dem Rat vorgelegte Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zu den Auftrags- und Nachtragsvergaben beim Projekt BildungsCampus Neuenhof betrifft zentrale Fragen der Wirtschaftlichkeit, Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit kommunalen Handelns. Vor diesem Hintergrund ist eine strukturierte, nachvollziehbare und fortlaufende Befassung des Rates mit den Feststellungen des Prüfberichts sowie mit den hieraus folgenden Bewertungen und Konsequenzen erforderlich.

Wir als Ratsmitglieder nehmen unsere Kontroll- und Informationsrechte wahr, indem wir eine vertiefte Darstellung, fachliche Einordnung und transparente Aufarbeitung der Prüfungsergebnisse einfordern. Ziel ist es, Grundlagen für sachgerechte Entscheidungen zu schaffen und zugleich Erkenntnisse für die Weiterentwicklung rechtssicherer Vergabe- und Nachtragsverfahren zu gewinnen.

Zugleich bekräftigen wir – die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – unseren Anspruch, den weiteren Umgang mit den Prüfungsergebnissen innerhalb der rechtlichen Grenzen möglichst offen und nachvollziehbar zu gestalten, um das Vertrauen in die kommunalen Entscheidungs- und Verwaltungsprozesse zu stärken.

Herzlichen Dank!

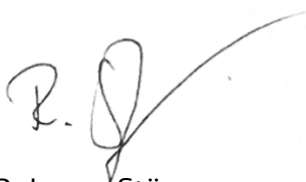
Mit freundlichen Grüßen



Nadine Kutz



Philipp Starke



Rebecca Stümper